

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas K. Gugler

SARS-CoV-2

Bis 1. September 2021 wurden in Pakistan insgesamt mehr als 1.167.000 Covid-19-Erkrankungen laborbestätigt, knapp 26.000 Menschen verstarben bislang. Im Juni wurden etwa 37.400 Neuinfektionen per PCR-Test und 1540 Tote bestätigt. Im Juli lauteten die Zahlen 76.400 Neuinfektionen und etwa 1100 Tote, im August 128.900 Neuinfektionen und 2250 Tote. Bis 1. September wurden in Pakistan 58 Millionen Impfdosen verabreicht. Mehr als 20 Prozent der Bevölkerung erhielt mindestens eine Impfdosis. 18 Millionen Menschen sind vollständig geimpft, was einer Impfquote von 8,3 Prozent entspricht. Die Provinz Sindh erweiterte die Impfpflicht für Angestellte in Bildungseinrichtungen und im Öffentlichen Dienst auch auf Angestellte im Einzelhandel. Pandschab hat Mitte Juni eine Impfpflicht für alle Angestellten beschlossen und droht Impfverweigerern mit der Abschaltung ihrer Mobilfunknummer.

Blasphemievorwürfe nehmen zu

In der Coronakrise nehmen Blasphemievorwürfe in Pakistan dramatisch zu, erklärte Emmanuel Yousof, Leiter der katholischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Pakistan (*Justice and Peace*). Ein Hauptgrund dafür ist die stärkere Kontrolle von Äußerungen in sozialen Netzwerken, deren Nutzung pandemiebedingt Hochkonjunktur hat. Pandemiebedingt dauerten Ermittlungen auch länger und Gerichtsverhandlungen würden verstärkt verschoben, was radikale Islamisten gezielt zu nutzen wüssten. Zwei neue Hauptgruppen für Blasphemievorwürfe seien neben Akademiker(inne)n, Krankenhauspersonal und Studierende.

Pressefreiheit

Pakistan belegt in dem im Juli vorgestellten weltweiten Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen Platz 145 von 180. Die Opposition kritisierte die autoritäre Einstellung des Premierministers als ursächlich für diese Bewertung: Die Regierung sei für Journalist(innen) schlimmer als alle vorangegangenen Militärdiktaturen. Auch die NGOs *Human Rights Watch*, *Pakistan Press Freedom Report* und *Freedom Network Report* bescheinigten der gegenwärtigen Regierung die schärfsten Verstöße gegen die Pressefreiheit in der Geschichte Pakistans. Neben

Bedrohung, Entführung und Folter von Journalist(inn)en kritisieren die NGOs insbesondere die dramatisch gestiegene Überwachung von Äußerungen in sozialen Netzwerken.

Massenbelästigung

Am Minarett im Iqbal Park in Lahore wurde am Unabhängigkeitstag eine junge Frau von Hunderten Männern sexuell begrapscht, teilweise entblößt, ausgeraubt und anschließend verprügelt. Videos der Szene wurden unter anderem über TikTok öffentlich verbreitet. Gegen 400 Unbekannte erging Strafanzeige, von denen 104 vorübergehend festgenommen wurden. 98 von ihnen wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Menschenrechtler erklären die zunehmende Gewalt gegen Frauen mit dem wachsenden religiösen Extremismus. Pandemiebedingt nahm auch häusliche Gewalt dramatisch zu. Bereits im Juli sorgten mehrere brutale Ehrenmorde für Empörung in sozialen Medien. Pakistan belegt im *Global Gender Gap Index 2021* des Weltwirtschaftsforums Platz 153 von 156.

Homosexualität und Koranschule

Mitte Juni eröffnete die Polizei in Lahore ein Ermittlungsverfahren nach dem Anti-Sodomie-Paragrafen 377 gegen den ehemaligen Anführer der Partei *Jamiat Ulema-e Islam* (JUI-F), Mufti Aziz-ur Rehman, wegen sexueller Belästigung eines Schülers an der *Jamia Manzur-ul Islamia*. Ein entsprechendes Video auf sozialen Plattformen hatte öffentliche Empörung hervorgerufen. Der Schüler wurde drei Jahre lang von den Abschlussprüfungen ausgeschlossen und behauptet, jeden Freitag sexuell missbraucht worden zu sein. Schließlich nahm er die sexuellen Handlungen mit seinem Handy auf Video auf und meldete sie dem Dachverband der Koranschule, der Mufti Aziz umgehend freistellte.

Urduisierung

Premier Khan ordnete am 3. Juni an, dass sämtliche Veranstaltungen des Premierministers künftig in Urdu stattfinden und dokumentiert werden. Von der Verbannung des Englischen sind auch offizielle Treffen mit Diplomaten ausländischer Regierungen und Khans Antworten auf Presseanfragen internationaler Journalisten betroffen.

Hafiz Saeed und FATF

Am 23. Juni explodierte eine Autobombe in Johar Town, Lahore, vor dem Privathaus von Hafiz Saeed, Anführer der Terrororganisation *Lashkar-e-Taiba*. Hafiz Saeed gilt als Hauptverantwortlicher für die Mumbai-Massaker im November 2008. Er war im Februar und November 2020 wegen Terrorfinanzierung zu insgesamt 21 Jahren Haft verurteilt worden. Darüber hinaus ordnete der Richter die Konfiszierung all seiner Besitztümer an. Bei der Umsetzung des Urteils gingen pakistanische Behörden offenbar hochkreativ vor, was erst durch den Anschlag öffentlich wurde, für den pakistanische Behörden den indischen Geheimdienst verantwortlich machen. So hatte das Gefängnis Hafiz Saeeds Privathaus heimlich als eigene, untergeordnete Haftanstalt deklariert, in der Hafiz Saeed seine „Haft“ verbüßte. Zeitgleich begann die internationale *Financial Action Task Force* (FATF) ihre Beratungen über Pakistans Status auf der Liste der Terrorfinanzierung. Bei dem Anschlag wurden drei Menschen getötet und 21 verletzt. Am selben Tag betonte Außenminister Qureshi, dass es keinen Grund gäbe, Pakistan weiter auf der sogenannten Grauen Liste der FATF zu führen. Zwei Tage darauf beschloss die FATF, dass Pakistan trotz einiger Fortschritte bei der Bekämpfung der Terrorfinanzierung für weitere drei Monate gelistet bleibt.

Zugunglück in Sindh

Am 7. Juni verkeilten sich zwischen Reti und Daharki im Distrikt Ghotki zwei Personenzüge ineinander. Von den 1200 Passagieren wurden 65 getötet und mehr als 100 verletzt. Als Ursache wird die Überladung eines Gepäckabteils vermutet, das vom entgegenkommenden Zug erfasst wurde, woraufhin mehrere Abteile beider Züge entgleisten.

Anschläge auf Chinesen

Am 14. Juli kam ein Bus mit Arbeitern des Wasserkraftwerks in der Dasu-Talsperre am Karakoram Highway aufgrund einer Explosion von der Straße ab und stürzte einen Abhang hinab. Dabei wurden 13 Menschen getötet und 28 verletzt. Neun der Todesopfer waren Ingenieure mit chinesischer Staatsbürgerschaft, zwei waren pakistanische Grenzpolizisten. Die Ursache der Explosion war zunächst unklar. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums sprach von einem Anschlag. Die chine-

sische Botschaft mahnte Chinesen in Pakistan zu erhöhter Wachsamkeit. Mittlerweile bestätigten pakistanische Behörden, dass die Explosion durch einen Selbstmordattentäter ausgelöst worden war. Am 28. Juli wurde ein chinesischer Ingenieur in seinem Auto von bewaffneten Motorradfahrern in Karatschi angeschossen. Die Befreiungsfront Belutschistans bekannte sich zu dem Attentat (siehe Heft 1-2021).

Handgranatenattacke in Karatschi

Am Unabhängigkeitstag, dem 14. August, wurden bei einem Angriff von Motorradfahrern auf einen Kleinbus mit einer russischen Handgranate 14 Menschen einer Hochzeitsgesellschaft getötet. Motiv und Täter sind nicht bekannt.

Terror in Belutschistan

Ein Selbstmordattentäter tötete am 20. August im Distrikt Gwadar, Belutschistan, zwei Kinder und verletzte drei Personen. Der terroristische Anschlag galt einem Wagen mit chinesischen Staatsangehörigen. Bereits am 8. August tötete die Explosion eines mit Sprengstoff beladenen Motorrads in Quetta zwei Polizisten und verletzte 21 Personen. Niemand bekannte sich zu den Anschlägen.

Afghanistan zieht Botschafter ab

Nach der Entführung der 26-jährigen Tochter des afghanischen Botschafters in Islamabad Mitte Juli zog das Land (vor der Machtübernahme der Taliban) seinen Botschafter aus Pakistan ab. Die Tochter wurde mit Verletzungen nach wenigen Stunden wieder freigelassen.

Medienkompetenz des Außenministers

Außenminister Qureshi hat eine lange Geschichte mit ungeschickten Antworten bei zahlreichen TV-Auftritten. Ende Juni wurde ihm im afghanischen Fernsehen die Frage gestellt, ob Osama bin Laden ein Märtyrer sei. Premierminister Khan hatte mit dieser Betitelung vor ziemlich genau einem Jahr insbesondere im Ausland stark polarisiert. Auch Qureshi weigert sich, bin Laden einen Terroristen zu nennen und antwortete ausweichend: „I will let it pass.“ Der islamistische Populismus mag innerhalb Pakistans gut ankommen, im Ausland ist dies nicht der Fall; und das Ausland fiele in die Zuständigkeit eines Außenministers.

Hindu-Tempel verwüstet

Am 4. August überfiel ein wütender Mob von Muslimen mit Brech- und Eisenstangen einen Hindu-Tempel in Bhong im Pandschab. Als Auslöser gilt das Urteil mit einer Bewährungsstrafe für einen vermeintlich geistig behinderten, achtjährigen Hindu-Jungen, der Ende Juli mutmaßlich in der Bibliothek einer Koranschule urinierte und deshalb der Blasphemie angeklagt wurde. Er war der jüngste Angeklagte in einem Blasphemieverfahren in der Geschichte Pakistans. Andere Kommentatoren berichten von einem ökonomischen Konflikt zwischen Goldhändlern in der Kleinstadt. Der Junge wurde nun zu seiner Sicherheit in einem Gefängnis untergebracht.

Kirche abgerissen

In Karatschi wurde am 24. August die katholische *St. Joseph Church* abgerissen, die zuletzt rund 300 Familien betreute. Es ist bereits die dritte Kirche, die in dieser Gegend abgerissen wurde. Grund für den Abriss ist eine angeordnete Umsiedlung für den Bau eines Hochwasserschutzes. Die Umsiedlung betrifft knapp 100.000 Menschen.

Trauer um „Vater des Kaschmir-Dschihads“

Syed Ali Schah Gilani (geb. 1929) verstarb am 1. September im Alter von 92 Jahren mit Atemproblemen in Srinagar in Indien. Gilani war ein pro-pakistanischer islamistischer Separatist in Jammu und Kaschmir. Er gilt als Vater des Dschihads um Kaschmir und aggressivster Kritiker der indischen Kaschmirpolitik. Da er für den Anschluss Kaschmirs an Pakistan warb, wurde in Pakistan ein nationaler Trauertag ausgerufen.

Olympia

Pakistan gewann keine Medaille in Tokio. Von den zehn teilnehmenden Athlet(inn)en waren drei Frauen. Zwei Athleten wurden in ihrer Disziplin fünfter. Die letzte olympische Medaille gewann Pakistan 1992. Nach Ende der Spiele wurde der Chef des pakistanischen Olympiakomitees, Oberstleutnant Arif Hasan, der das Amt seit 2004 innehat, von der Regierung zum Rücktritt aufgefordert. Kritiker bemängeln die Korruption als zentrale Ursache mangelhafter Sportförderung im Land. Bei den paralympischen Spielen gewann der Diskuswerfer Haider Ali am 3. September die erste Goldmedaille in der Geschichte Pakistans.

Frauen-Medresse hisst Taliban-Flaggen

Wenige Tage nach der Eroberung Kabuls durch die Taliban hisste die *Jamia Hafsa* an der Roten Moschee in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad mehrere weiße Taliban-Flaggen an ihren Minaretten. Die islamische Bildungseinrichtung für Frauen wurde 2007 durch die Militäroperation *Sunrise*, die mehr als 150 Todesopfer forderte weltweit berühmt. Das Management der Schule bezeichnete die Fahnen als Aktion der Studentinnen. Die Sicherheitskräfte räumten ein, dass das Hissen von Fahnen gegen kein Gesetz verstoße – angerückt waren sie dennoch.

Schuldenaufschub von China erbeten

Laut einem Bericht des Nachrichtenportals *Asia Times* vom 30. Mai hat Pakistan seinen Gläubiger China um einen Schuldenaufschub gebeten. Pakistans Schuldenprobleme eskalieren, da die Verbindlichkeiten für die von China finanzierten Energieprojekte im Rahmen des Chinesisch-Pakistanischen Wirtschaftskorridors (CPEC) 31 Milliarden US-Dollar übersteigen und Peking sich weigert, fällige Verbindlichkeiten in Höhe von drei Milliarden Dollar umzustrukturieren, die Islamabad möglicherweise nicht bezahlen wird (siehe auch Heft 1-2021). Die Schuldenlast, die größtenteils für den Bau unabhängiger Stromerzeuger (IPPs) im Rahmen von Stromerzeugungsverträgen mit Abnahmegarantie geschuldet wird, übersteigt Berichten und Branchenanalysten zufolge die Gesamtinvestitionen in die Kraftwerke in Höhe von 19 Milliarden US-Dollar erheblich. Pakistan ist verpflichtet, in den nächsten vier Jahren bis 2025 allein 5,9 Milliarden US-Dollar an die Stromversorgungsunternehmen für die Abnahme von Kapazitäten zu zahlen. Bei den derzeitigen Stromverbrauchsdaten werden diese Zahlungen höher ausfallen als die Einnahmen. Pakistan ist nach Ansicht von Expert(inn)en bereits in eine Gefahrenzone der Staatsverschuldung eingetreten. Die Gesamtverbindlichkeiten und -schulden belaufen sich auf 294 Milliarden US-Dollar, was einem Anteil von 109 Prozent am BIP zum 30. Dezember 2020 entspricht. Die Banken, darunter die *China Development Bank* und die *Export-Import Bank of China*, waren bislang nicht bereit, einige der Klauseln der zuvor mit der Regierung getroffenen Vereinbarung zu überarbeiten. Pakistan will eine Verlängerung der Zahlungen für die IPP-Kapazitäten um zwölf Jahre. Der Vorschlag wird, laut chinesischer Botschaft in Pakistan, nun auf höchster Ebene in Peking erörtert.